

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1426

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1426



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Gewalttaten «mit Migrationshintergrund»

Schon wieder ein Einzelfall?

von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Was die jüngste schwere Gewalttat – die brutale Tötung eines vierzehnjährigen Mädchens durch einen einundzwanzigjährigen abgewiesenen Asylsuchenden aus dem Irak – an offizieller Reaktion ausgelöst hat, das ist bezüglich «political correctness» in jeder Beziehung «rekordverdächtig».

Es wurde nicht bloss eiligst-penetrant in die Welt gesetzt, dass dieses schlimme Tötungsdelikt in Mainz in jeder Beziehung aussergewöhnlicher, mit nichts vergleichbarer «Einzelfall» gewesen sei. Es wurde zusätzlich eine schlicht unglaubliche «Rechnung» präsentiert: Es sei statistisch nachweisbar, dass innert der nächsten x-dutzend Jahre keine Familie mit einer Tochter im gleichen Alter ein Verbrechen ähnlicher Art befürchten müsse...

Täter-«Identifizierung»

Und selbst der Zürcher Tages-Anzeiger legt in gleichem Sinn nach: Wer das brutale Verbrechen von Mainz, das ein vierzehnjähriges Leben auf abscheuliche Weise ausgelöscht hat, als Symptom für das Scheitern von Angela Merkels «Willkommenskultur» zu Gunsten über einer Million kaum kontrollierter Einwanderer darstelle, der sei der wahre Scharlatan, der im AfD-Schlepptau segle. Er mache sich der schändlichen Tat schuldig, «mit Entsetzen Politik» zu treiben.

Nur ein Kollateralschaden?

Für die blinden Bejubler der Masseneinwanderung ist die brutale Tötung der Vierzehnjährigen offenbar nichts Schlimmeres als ein sozusagen unausweichlicher, aber doch geringfügiger Kollateralschaden einer im übrigen begrüssenswerten Entwicklung zur Ausmerzung von Nationalstaaten durch weltweite Völkervermischung. Als Übeltäter gezeigelt werden die, welche das schlimme Verbrechen zum Anlass nehmen, Fragen zu stellen über den Sinn und Widersinn, über – vor allem negative – Folgen der Masseneinwanderung, die offensichtlich ausser

Kontrolle geraten ist. Die Kritiker dieser Politik werden behandelt wie Verbrecher. Die echten Verbrecher werden dagegen als Verfolgte dargestellt, deren Tun man wohl kritisieren dürfe, für die man indessen Verständnis aufzubringen habe: Angemessene Betreuungstherapie würde ihnen, sei die Gesellschaft nicht zu geizig dafür, sicher helfen.

Wer verantwortet die Verschleppung der Ausweisung?

Angesichts der von Medien und Politik so festgelegten «Informationskanäle» wird freilich Wesentliches an Begleiterscheinungen zu solch brutalen Gewalttaten unterdrückt. Zum Beispiel die Tatsache, dass der Mörder von Mainz Jahre früher einen Ausweisungsentscheid erhalten hat. Weshalb hält sich dieser de iure ausgewiesene Täter noch immer am Ort auf, wo er jetzt sein Verbrechen begangen hat, obwohl er längst in sein Herkunftsland hätte ausgeschafft werden müssen?

Plötzlich wird man gewahr, woran jene Juristen mitschuldig werden, die die Verschleppung und Verhinderung von ergangenen Wegweisungsentscheiden zu ihrem Geschäftsmodell gemacht haben – zu einem höchst erfolgversprechenden Geschäftsmodell, weil dafür konsequent die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden.

Umgehung eines Volksentscheids

In der Schweiz haben wir soeben erfahren, wie dieses von Bundesbern geförderte, vom Steuerzahler zu bezahlende Geschäftsmodell die Umsetzung des seinerzeit deutlich angenommenen Volksentscheids zur Ausweisung krimineller Ausländer erfolgreich zu hintertreiben versteht: Man lässt obrigkeitlich alle juristischen Ränke zu, auf dass klare Entscheide des Souveräns ausgehebelt werden können. Man riskiert damit freilich, dass Verbrecher, ja Schwerverbrecher sich in unseren Gefilden weiterhin frei bewegen können – ständige Bedrohung für die Öffentlichkeit.

Weshalb werden Juristen und Behördenvertreter, die solches Aushöhlen getroffener Entscheide zu verantworten haben, für die Folgen ihres selbst schwere Kriminalität begünstigenden Tuns nicht zur Verantwortung gezogen?

Judenverfolgung

Noch anderes im Zusammenhang mit der schrecklichen Tat von Mainz erfährt man höchstens nach intensivem Recherchieren: Warum wird als zweifellos wichtiger Hintergrund zur Tat von Mainz verschwiegen, dass die ermordete vierzehnjährige Susanna eine Jüdin war? Hätte solche Information, wäre sie wahrheitsgetreu verbreitet worden, Fakten und Zusammenhänge offengelegt, die Behörden ganz bewusst unter dem Deckel zu halten versuchen?

Vor Jahren, als die meisten jüdischen Einwanderer nach Israel aus Osteuropa, vor allem aus Russland einerseits, aus Afrika, vor allem aus Äthiopien andererseits stammten, wurden Statistiken über diese jüdische Einwanderung nach Israel regelmässig publiziert. Warum heute nicht mehr?

Etwa, weil heute nicht mehr Russen und Äthiopier, vielmehr Juden aus Frankreich diese Einwanderungs-Statistik anführen? Hängt die sich verstärkende Einwanderung von Juden aus Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern nach Israel etwa damit zusammen, dass es in diesen Ländern eigentliche «No-Go-Areas» gibt, wo sich vor allem muslimische Einwanderer niedergelassen haben, wo Scharia-Recht gilt und in die sich nicht einmal mehr Polizisten hineingetragen? Droht von Ländern mit solchen muslimischen Brennpunkten den Juden wachsende Gefahr, was sie zur Auswanderung nach Israel veranlasst?

Glaubt man, hierzulande vertuschen zu können, dass von der vorab muslimisch geprägten Masseneinwanderung nach Westeuropa auch eine neue Judenverfolgung ausgeht? Wollen die Behörden und Statistiker der Öffentlichkeit die Fakten und Hinweise unterschlagen, die zunehmende Judenverfolgung und zunehmende Angst europäischer Juden vor Judenverfolgung dokumentieren? Will man dies vertuschen, weil jüdische Angst und jüdische Auswanderung aus Europa jene wachsende Bedrohung illustrieren, welche der Öffentlichkeit unbedingt vorzuenthalten werden soll?

Ist die obrigkeitliche Lenkung mit einerseits geförderten, andererseits unterdrückten Informationen Zeichen dafür, dass sich Westeuropa infolge der behördlich hingenommenen und geförderten Masseneinwanderung auf dem Weg in erneute Unfreiheit befindet?

Ulrich Schlüer